Nur knapp 80 Kilometer trennen das tschechische Atomkraftwerk Temelin von der Grenze zu Niederbayern. Jetzt sollen dort neue Kraftwerke entstehen. Foto: Pancer Václav/dpa

Atomkraft, ja bitte?

Tschechien will neue Atomkraftwerke bauen – auch nahe der Grenze zu Niederbayern. Die Pläne sorgen für Diskussionen und Verunsicherung. Die wichtigsten Fragen und Antworten im Überblick

Von Markus Krug

Die Energieversorgung in Europa sorgt seit Jahrzehnten für Diskussionen, die seit Ausbruch des Ukrainekriegs an Intensität zugelegt haben. Trotzdem hat Deutschland 2023 seinen letzten Atomreaktor abgeschaltet. Gleichzeitig sollen nur 80 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, im tschechischen Temelin, neue zusätzliche Reaktoren entstehen. Besteht eine Gefahr für Deutschland? Oder sollte sich Deutschland ein Beispiel an den Plänen nehmen?

Absolut, findet der bayerische Ministerpräsident Markus Söder und kündigt den Wiederaufbau der Kernenergie als Ziel einer möglichen, künftigen Regierungsbeteiligung an. Ähnlich äußert sich der ehemalige CSU-Chef Erwin Huber und empfiehlt der Staatsregierung, sich Stromkontingente aus Tschechien zu sichern. Wir haben die neuen Pläne mit Politikern und Unternehmern aus der Region diskutiert.

Was plant die tschechische Regierung in Temelin? Zwei der insgesamt vier neuen Reaktoren sollen in Temelin gebaut werden. Geplant war ursprünglich nur ein neuer Reaktorblock, doch jetzt will man in Tschechien gleich alle vier auf einmal in Angriff nehmen, um Kosten zu sparen. Die Regierung in Prag will mit dem Bau auf den gestiegenen Energiebedarf reagieren und gleichzeitig Klimaziele erreichen. Die EU hatte die Atomkraft 2022 als klimafreundlich eingestuft.

Bringen die Pläne des Nachbarlandes Gefahren für Bayern mit sich? Martin Behringer, Landtagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender der Freien Wähler Niederbayern, steht dem neuen Projekt skeptisch gegenüber. „Erst vor Kurzem gab es einen erneuten Störfall in Temelin und der Umgang damit war fragwürdig“, sagt er. Es seien nur mangelhafte Informationen nach außen gedrungen. „Auch bei einer Besichtigung der bisherigen Reaktoren habe ich das Gefühl gehabt, dass dort nicht der größte Wert auf Sicherheitsstandards gelegt wird.“ Das alles mache keinen vertrauenswürdigen Eindruck, weshalb er keine neuen Reaktoren befürworte. Ähnlich skeptisch gegenüber der Sicherheit dieser Reaktoren zeigte sich der CSU-Landtagsabgeordnete für Regen und Freyung-Grafenau, Stefan Ebner. In einer Pressemitteilung sprach er von „deutlich niedrigeren Sicherheitsstandards“ und forderte eine einheitliche Sicherheitsregelung auf europäischer Ebene. Behringer und Ebner betonen auch, dass die Suche nach möglichen Standorten eines Endlagers immer noch nicht erfolgreich gewesen sei. Urban Mangold (ÖDP) vom Verein „Plattform gegen Temelin“ spricht von einem „Bedrohungsszenario“ durch die vier neuen Reaktoren. „Das macht uns Sorgen und ist eine Bedrohung der Bevölkerung in ganz Bayern“, sagt er.

Ausstiegsbefürworter fordern vor allem den Ausbau des Stromnetzes sowie der erneuerbaren Energien. Das sei entscheidend für eine größere Unabhängigkeit von importiertem Atomstrom. Foto: Henning Kaiser/dpa

Martin Behringer, Landtagsabgeordneter Freie Wähler Foto: Maria Eidenschink

Josef Gold, Unternehmer und Kreisrat ÖDP Foto: ÖDP Straubing-Bogen

Urban Mangold, Plattform gegen Temelin Foto: Weber/ÖDP

Ist Atomstrom die billigere Alternative für Deutschland? „Atomstrom ist nicht günstig. Das ist ein weit verbreiteter Irrglaube“, sagt Behringer. Bau und Planung seien enorm zeitaufwendig und kostenintensiv, der Betrieb aufgrund der Sicherheitsstandards und der aufwendigen Technik sehr teuer. „Die Entsorgung ist dann noch teurer und die Frage nach dem ‚wohin‘ weiterhin ungeklärt“, sagt er. Auch Josef Gold, ÖDP-Kreisrat im Kreis Straubing-Bogen und Solar- und Windenergie-Unternehmer, betont den Kostenfaktor: „Neue Atomkraftwerke sind in Europa nur mit massiven staatlichen Subventionen möglich.“ Als Beispiel führt er die explodierenden Kosten bei Bauprojekten in Frankreich und Großbritannien an.

Die von Behringer genannten Kostenfaktoren würden sich auch in den Preisen widerspiegeln. „Die Stromproduktionskosten bei neuen AKWs liegen bei 14 bis 19 Cent pro Kilowattstunde. Solar- oder Windstrom liegen im Vergleich bei 4 bis 6 Cent“, sagt Gold. Er bezieht sich dabei auf Daten des Fraunhofer Instituts und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Mangold betont zusätzlich, dass die langen Planungs- und Bauzeiten den Atomstrom als Alternative unbrauchbar machen. „Bis neuer Strom aus Tschechien zur Verfügung steht, vergehen noch viele Jahre“, sagt er. Ein Neubau in Deutschland würde noch länger brauchen.

Sind die Pläne ein Zeichen einer Renaissance der Atomkraft? Trotz der tschechischen Neubaupläne sieht Gold den Trend bei der Energiegewinnung in eine andere Richtung gehen: „Weltweit geht die Anzahl der Atomkraftwerke zurück. Allein in den letzten zwei Jahren sind in Europa acht Reaktoren abgeschaltet worden“, sagt er. Im gleichen Zeitraum befinden sich nur drei Reaktoren im Neubau. „Dabei wurde die Fertigstellung in Frankreich kürzlich erneut verschoben und das Projekt in Großbritannien ist mit 40 Milliarden schon dreimal so teuer wie ursprünglich geplant“, sagt er.

Weltweit würden 85 Prozent der 2023 neu errichteten Kraftwerke erneuerbare Energien nutzen. Trotzdem werden in Afrika in gleich mehreren Ländern neue Atomkraftwerke geplant oder zumindest Pläne dafür diskutiert. Im Bau befindet sich jedoch erst eines davon in Ägypten. Die Pläne für mehrere Kleinkraftwerke im amerikanischen Kalifornien wurden derweil aus Kostengründen verworfen.

Kann der Ausstieg für Deutschland profitabel sein? „Der Ausstieg lohnt sich, wenn wir genügend alternative Energien erzeugen und speichern. Deshalb müssen wir das Stromnetz und die Speichermöglichkeiten ausbauen“, sagt Behringer. Seit dem Beschluss zum Atomausstieg sei zu wenig getan worden. Um diese Versäumnisse nachzuholen, müsse jetzt der Bürokratieaufwand gesenkt werden. Behringer setzt sich außerdem für die Gründung lokaler Kommunalwerke und Genossenschaften ein. „Damit können neue Projekte für Energiegewinnung leichter verwirklicht werden. Das Geld bleibt in der Region und die Leute können am Fortschritt verdienen“, sagt er. Das würde auch die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen: „Wenn ich Geld damit verdiene und günstigeren Strom zur Verfügung habe, dann akzeptiere ich auch leichter ein Windrad in meiner Gegend.“ Mangold ist überzeugt, dass ein weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien auch niedrigere Strompreise mit sich bringt. „Schon jetzt ist unser Windstrom in der Erzeugung günstiger als der Atomstrom“, sagt er. Gold stimmt zu und betont, dass der Börsenstrompreis seit der Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke nicht gestiegen sei.

Wie läuft die Verwirklichung grüner Energiegewinnung in Bayern? Obwohl noch viel zu tun sei, betont Mangold die positiven Entwicklungen bei der Energiewende. „Wir stehen jetzt schon bei 55 Prozent Anteil der erneuerbaren Energien.“ Besonders beim Ausbau der Solarenergie sähe es in Bayern gut aus. Bei der Windkraft gebe es noch Nachholbedarf. Dazu müsse jedoch die 10H-Regel endgültig fallen. Dies fordert auch Gold: „Bayern ist bei Genehmigung von Windanlagen pro Fläche zusammen mit Sachsen das Schlusslicht in Deutschland.“ Auch Behringer betont die Notwendigkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Er sagt jedoch auch: „Wir können natürlich nicht alle Flächen mit Anlagen zumachen. Auch andere Interessen wie der Tourismus müssen bedacht werden. Die Balance muss gewahrt bleiben.“